


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 18.05.2016

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	18:30 Uhr
Ende:	19:50 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin:	Frau Rothe-Beinlich
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 13.04.2016	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
4.1.	Dringliche Informationsaufforderung - Situation Flücht- lingsunterkünfte in Erfurt im Kontext der aktuellen Open Doors-Erhebung BE: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU hinzugezogen: Vorsitzender des Ausländerbeirates José Paca	0991/16

Vertreter der Polizei (PI Süd)
Vertreter der Sozialen Dienste

5. Festlegungen des Ausschusses
- 5.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom **0518/16**
09.03.2016, TOP 4.1 Selbstständige Aufstellung des Gesundheitsamtes - Prüfung der Bereitstellung des Abschlussberichtes der Projektgruppe "Perspektive Gesundheitsbereich"
BE: Leiterin Bereich Oberbürgermeister
- 5.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom **0781/16**
13.04.2016,
Einsatz Bewerber für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) in den Seniorenklubs
BE: Leiter Personal- und Organisationsamt
6. Informationen
- 6.1. Abstimmung eines Besichtigungstermins der Flüchtlingsunterkunft Erfurt-Linderbach (ehem. Globus Baumarkt)
- 6.2. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen folgende Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor:

° Vertagung des TOP 5.1. - Drucksache 0518/16

Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 09.03.2016, TOP 4.1. Selbstständige Aufstellung des Gesundheitsamtes – Prüfung der Bereitstellung des Abschlussberichtes der Projektgruppe "Perspektive Gesundheitsbereich"

Begründung:

Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen, eine abschließende Stellungnahme wurde für die nächste Ausschusssitzung am 01.06.2016 angekündigt.

° Zusätzliche Aufnahme der Drucksache 0991/16

Dringliche Informationsaufforderung – Situation Flüchtlingsunterkünfte in Erfurt im Kontext der aktuellen Open Doors-Erhebung

Eine Begründung der Dringlichkeit wurde seitens der Ausschussmitglieder nicht gewünscht, daher stellte die Ausschussvorsitzende die Aufnahme der dringlichen Informationsaufforderung zur Abstimmung.

Der Aufnahme der Drucksache 0991/16 in die Tagesordnung unter TOP 4 stimmten die Ausschussmitglieder einstimmig zu.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 13.04.2016

genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

4.1. Dringliche Informationsaufforderung - Situation Flüchtlingsunterkünfte in Erfurt im Kontext der aktuellen Open Doors-Erhebung
BE: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU
hinzugezogen:
Vorsitzender des Ausländerbeirates José Paca
Vertreter der Polizei (PI Süd)
Vertreter der Sozialen Dienste

0991/16

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, rief den Tagesordnungspunkt auf und verwies zunächst auf das sehr kurzfristige Verfahren, da der Antrag erst am Vortag eingereicht wurde. Eine von der Verwaltung vorgeschlagene Behandlung der Informationsaufforderung in der nächsten Sitzung (am 1.6.16) war von den Einreichern abgelehnt worden. Wie vom Einreicher, Herrn Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, gewünscht, erfolgte die Einladung des Vorsitzenden des Ausländerbeirates, der Vertreter der Polizei (PI Süd) und Vertreter der Sozialen Dienste.

Frau Rothe-Beinlich verlas anschließend die Antworten des Leiters der Führungsgruppe der Landespolizeiinspektion Erfurt und eines Vertreters der Sozialen Dienste, denen eine kurzfristige Teilnahme an der heutigen Sitzung des Ausschusses nicht möglich war.

Die Ausschussvorsitzende begrüßte den anwesenden Vorsitzenden des Ausländerbeirates und die Vertreterin des Caritasverbandes für das Bistum Erfurt e.V.

Frau Rothe-Beinlich übergab anschließend Herrn Prof. Dr. Dr. Pistner das Wort. Dieser bedankte sich ausdrücklich für die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes. Er erläuterte im Anschluss seinen Antrag. Er bedauerte, dass nicht alle Gäste der Einladung zur heutigen Sitzung folgen konnten und regte an, die Diskussion zum Thema in der nächsten Ausschusssitzung weiterzuführen.

Frau Rothe-Beinlich führte zum Thema aus und verwies auf die vorangegangenen Sitzungen des Ausschusses Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung (SAG), in denen immer alle Probleme im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation und –unterbringung offen angesprochen und diskutiert wurden. Ihrer Auffassung nach wurden keine Probleme "unterdrückt", wie es Herr Prof. Dr. Dr. Pistner formulierte.

Anschließend gab es detaillierte Darstellungen des Vorsitzenden des Ausländerbeirates, die sich insbesondere auf die Situation in den zurückliegenden Monaten bezogen. Seit der letzten Berichterstattung im Ausschuss SAG gab es aus seiner Sicht keine Vorkommnisse wie z.B. Diskriminierungen, Beleidigungen, Körperverletzungen usw. Abschließend schlug er die Errichtung einer anonymen Anlaufstelle als Ombuds- oder Beschwerdestelle für Flüchtlinge vor.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, fragte nach, wie die Einladung der Polizei und der Träger durch die Verwaltung erfolgte. In der Beantwortung wurde auf die Kurzfristigkeit verwiesen, daher erfolgte die Einladung per Email und teilweise telefonisch.

Die Vertreterin des Caritasverbandes für das Bistum Erfurt e.V. bekräftigte ihrerseits die Ausführungen des Vorsitzenden des Ausländerbeirates und bestätigte, dass insgesamt keine schwerwiegenden Problemfälle festzustellen sind. Sie erläuterte anschließend die Situation von bekennenden Christen vor allem unter den afghanischen Geflüchteten.

Der zuständige Mitarbeiter des Amtes für Soziales und Gesundheit bezweifelte – ausgehend von der in der Drucksache geschilderten Open Doors Erhebung – die Relevanz der Befragung für die Landeshauptstadt.

Überwiegend erfolgt die Unterbringung dezentral. Mit der Schließung der Gemeinschaftsunterkünfte verringert sich auch das Konfliktpotential. Derzeit sind keine Vorfälle bekannt, die zum Handeln Anlass geben würden. Bei Bekanntwerden von Problemen wird selbstverständlich umgehend reagiert. Es erfolgen regelmäßig Abstimmungen mit allen handelnden Akteuren (z.B. Polizei, Betreiber, Wachdienst).

Herr Mroß, SPD-Fraktion, konnte sich den Ausführungen des Mitarbeiters des Amtes für Soziales und Gesundheit anschließen. Er regte an, nicht nur über die Probleme zu sprechen, sondern verstärkt Maßnahmen für die Integration der Flüchtlinge zu unterstützen.

Frau Rothe-Beinlich griff die Ausführungen des Vorsitzenden des Ausländerbeirates auf und unterstützt die Idee der Schaffung einer anonymen Anlaufstelle für Flüchtlinge. Dies ist bei der Erarbeitung des Integrationskonzeptes zu berücksichtigen, schlug sie vor.

Hinsichtlich des Open Doors Berichtes stellte sie fest, dass die Befragung nur wenig mit Thüringen zu tun hat, so stammten beispielsweise die Antworten (insgesamt 231) größtenteils von iranischen Christen – in Erfurt leben jedoch keine iranischen Christen. Auch wurden bspw. bereits Gebete und laute Musik als Verfolgung bezeichnet, was sicherlich zu hinterfragen sei.

Frau Rothe-Beinlich verwies auf die Sitzung des Ausschusses SAG, in der u.a. die Ansprechpartnerin der Polizeiinspektion vorgestellt wurde. Für diese gute Zusammenarbeit mit der Polizei und den engen Kontakt mit den Trägern zeigte sie sich dankbar.

Sie geht davon aus, dass bei Bekanntwerden von konkreten Vorfällen der Ausschuss Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung zeitnah informiert wird. Ferner lud sie auch die Betroffenen und mit der Betreuung der Migrantinnen und Migranten betrauten Institutionen ein, sich bei Problemlagen an den Ausschuss zu wenden.

Frau Dr. Klisch, SPD-Fraktion, fragte nach dem zeitlichen Rhythmus der Abstimmung zwischen der Stadtverwaltung und der Polizeidirektion.

Hierauf antwortete der Vertreter des Amtes für Soziales und Gesundheit. Er verwies auf die bestehende Arbeitsgruppe, die regelmäßig tage. Anstehende Probleme werden zusätzlich schnellstmöglich auf Arbeitsebene geklärt.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, bat darum, bei den unterschiedlichsten Religionszugehörigkeiten der Flüchtlinge ein besonderes Augenmerk auf die räumliche Trennung zu legen.

Bekräftigt wurde diese Aussage von Herrn Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, der weiterhin positiv feststellte, dass das Thema in der heutigen Sitzung des Ausschusses offen diskutiert wurde und eine Sensibilisierung erreicht wurde.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, merkte an, dass die Ausschussmitglieder bereits vor der heutigen Diskussion für das Thema sensibilisiert waren, die Unterbringung nach Religion jedoch nicht grundsätzlich vor Problemen schütze und vielmehr auf ein gutes Miteinander in Vielfalt gesetzt werde.

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., bat darum, keinen Sonderschutz für Flüchtlinge mit christlichem Glauben zu erwirken und die Menschen nicht in Gruppen einzuteilen. Auch durch ihn wird eine anonyme Anlaufstelle für Flüchtlinge unterstützt. Er bat abschließend darum, die Probleme nicht "aufzubauschen".

Frau Rothe-Beinlich fasste die Diskussion zusammen und stellte fest, dass hinsichtlich einer anonymen Anlaufstelle Einigkeit besteht und deren Umsetzung im Rahmen der Erarbeitung des Integrationskonzeptes durch die Ausschussmitglieder unterstützt wird. Weiterhin sollten offene Probleme, soweit sie bekannt werden, offen angesprochen und diskutiert, aber nicht "herbeigeredet" werden.

Sie stellte fest, dass mit der heutigen Diskussion die Informationsaufforderung erfüllt ist. Den anwesenden Gästen wurde gedankt und angeboten, sich bei festgestellten Problemen an den Ausschuss zu wenden.

zur Kenntnis genommen

5. Festlegungen des Ausschusses

- 5.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 09.03.2016, TOP 4.1 Selbstständige Aufstellung des Gesundheitsamtes - Prüfung der Bereitstellung des Abschlussberichtes der Projektgruppe "Perspektive Gesundheitsbereich" 0518/16
BE: Leiterin Bereich Oberbürgermeister

s. TOP 2

vertagt

**5.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 0781/16
13.04.2016,
Einsatz Bewerber für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) in
den Seniorenklubs
BE: Leiter Personal- und Organisationsamt**

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., hinterfragte das Ergebnis der stattgefundenen Bewerbergespräche.

Der Mitarbeiter des Amtes für Soziales und Gesundheit informierte zu den Gesprächen und zu der künftigen Mitarbeiterin, die im Seniorenklub in der Berliner Straße zum Einsatz kommen wird. Möglicherweise müssten wegen den finanziellen Engpässen Entscheidungen getroffen werden, welche FSJ/FÖJ-Stellen wegfallen müssen, um andere zu erhalten.

Der Dezernatsreferent für Soziales, Bildung und Kultur informierte anschließend, dass das DRK als ein Träger für soziale Arbeit bisher seine Bereitschaft zur Durchführung eines FSJ in einem Seniorenklub erklärt hat. Andere Träger wurden noch nicht in die Gespräche einbezogen.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, kann mögliche Kürzungen der FSJ/FSÖ-Stelle in den Förder-schulen nicht befürworten!

zur Kenntnis genommen

6. Informationen

**6.1. Abstimmung eines Besichtigungstermins der Flüchtlings-
unterkunft Erfurt-Linderbach (ehem. Globus Baumarkt)**

Als Besichtigungstermin wurde seitens der Ausschussmitglieder mehrheitlich der 21.06.2016, 17:00 Uhr, festgelegt.

Den Ausschussmitgliedern wird eine entsprechende Email hinsichtlich der abgestimmten Details zu diesem Termin übergeben.

6.2. Sonstige Informationen

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, sprach folgende Probleme an:

° "Wie weiter mit dem Sozialticket?"

Der Dezernatsreferent für Soziales, Bildung und Kultur gab hierzu nähere Erläuterungen. Er verwies auf die entsprechenden Aushänge im Haus der Sozialen Dienste. Weiterhin informierte er, dass für die Stadtratssitzung am 25.05.2016 eine Information vorliegt¹.

° Verstöße gegen die Hausordnungen in Gemeinschaftsunterkünften (vgl. auch Sitzung SAG vom 09.03.2016, Drucksache 0459/16)

Die Nachfrage der Ausschussvorsitzenden, Frau Rothe-Beinlich, beim zuständigen Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz und beim Thüringer Landesverwaltungsamt ergab, dass die Ahndung von Verstößen gegen die Hausordnung in Gemeinschaftsunterkünften z.B. durch Kürzung bei den Bezügen nicht zulässig sei. Auf die Stellungnahme des Thüringer Landesverwaltungsamtes wird noch gewartet, bei Eingang in der Stadtverwaltung wird der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Soziales umgehend informiert. V.: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur T.: zur gegebenen Zeit	DS 1067/16
--	---------------

Frau Dr. Klisch, SPD-Fraktion, bezog sich auf den Besichtigungstermin der Flüchtlingsunterkunft Erfurt-Linderbach (ehem. Globus Baumarkt). Sie regte an, im Rahmen der Besichtigung eine Aussage hinsichtlich der möglichen Umnutzung von nicht benötigten Unterkünften für andere soziale Zwecke zu erhalten.

Der Dezernatsreferent Soziales, Bildung und Kultur verwies in seiner Beantwortung darauf, dass der Umbau der Flüchtlingsunterkunft mit Einsatz der Investitionspauschale des Landes erfolgte. Insofern sei zunächst die Zweckbindung der Fördermittel verpflichtend. Die Landeshauptstadt Erfurt hat damit nicht die Freiheit, eine Umnutzung vorzunehmen. Gleiches betrifft auch die Umnutzung der Container. Es sei jedoch bekannt, dass die maßgebliche Richtlinie des Freistaates in dieser Angelegenheit möglicherweise angepasst werden soll. Der Erlass der rechtsverbindlichen Regelungen bleibt abzuwarten.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, bedankte sich bei den Gästen und den Ausschussmitgliedern für die rege Diskussion, beendete die öffentliche Sitzung des Ausschusses und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

Rothe-Beinlich
Vorsitzende


Schriftführer/in

¹ Red. Anmerkung: Vgl. Drucksache 0885/16 – Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2016 – II. Halbjahr 2016